im Stiche läßt. Der Austritt der genannten Abgeordneten aus der deutschfreisinnigen Partei und insonderheit die Motivirung dieses Schrittes sind ein politisches Ereigniß, welches nicht blos in unserem engeren Vaterlande großes Aufsehen hervorruft, sondern selbst von so weit links stehenden Blättern, wie der „Frankfurter Zeitung", in seinen sehr wahrscheinlichen Folgen voll und richtig gewürdigt wird und welches darum einer eingehenderen Betrachtung lohnt.

Schon von jeher hat die Fortschritts- bez. die deutschfreisinnige Partei in Sachsen an einer inneren Zwiespältigkeit gelitten und ein rechter und ein linker Flügel derselben bestanden. Diese Uneinigkeit gelangte in neuerer Zeit immer mehr durch das Verhältniß zwischen der fortschrittlichen Landtagsfraction und den in Sachsen gewählten deutschfreisinnigen Reichstagsabgeordneten zum Ausdruck. Während letztere, welche ausschließlich mit Hülfe der Socialdemokraten, zu der in einem Wahlkreis noch die Unterstützung der Ultramontanen kam, gewählt sind, sich im Reichstag vollständig dem Commando eines Eugen Richter unterordneten, hat die fortschrittliche Landtagsfraction in der Zweiten Kammer eine viel selbstständigere und gemäßigtere Stellung eingenommen. Es war schon längst der fortschrittlichen Presse vom Schlage der „Freisinnigen Zeitung" ein Dorn im Auge, daß die Fortschrittler im Landtag bei den verschiedensten Anlässen nicht nach dem Parteicodex der Berliner Fortschrittsgrößen handelten, sondern es ihr beharrliches Bestreben sein ließen, in einem angenehmen und loyalen Verhältniß zu den Conservativen und Nationalliberalen, bei aller Wahrung des eigenen Standpunctes, die dem Landtag obliegenden Arbeiten zu fördern und zu erledigen. Kein grellerer Contrast kann gedacht werden, als die beiderseitige Stellung der sächsischen fortschrittlichen Abgeordneten im Reichstag und im Landtag zu den Socialdemokraten. Im Reichstag ist man bemüht, den letzteren so viel als nur irgend möglich entgegen zu kommen und ihnen zu einer Bedeutung, wie die Polendebatte gezeigt hat, zu verhelfen, die ihnen gar nicht zukommt, während in der Zweiten sächsischen Kammer die Fortschrittsfraction mit den übrigen Ordnungsparteien den Socialisten scharf entgegentritt. In dieser Differenz drückt sich neben vielem Anderen die Wirkung des allgemeinen directen Wahlrechts aus, mit dem die socialdemokratische Partei bekanntlich glaubt, ihre Umsturzpläne ausführen zu können. Durch das allgemeine Wahlrecht ist es der radicalen Unterströmung in den unteren Schichten, auch in denjenigen sächsischen Wahlkreisen, in denen deutschfreisinnige Candidaten überhaupt aufgestellt wurden, gelungen, das gemäßigte fortschrittliche Element dabei auszuschließen, während das sächsische Landtagswahlrecht, trotz seines ganz geringfügigen Census, dieses Experiment bisher hat nicht gelingen lassen.

Nun hat man von linksfortschrittlicher Seite versucht, die nachtheilige Wirkung, welche der Austritt der fortschrittlichen Landtagsabgeordneten aus der deutschfreisinnigen Partei und der entschiedene Ton, in welchem deren Begründung gehalten ist, hervorbringen müssen, dadurch abzuschwächen versucht, daß man einerseits den Ausgeschiedenen die politische Bedeutung abspricht, andererseits betont, diese seien schon längst keine Fortschrittler mehr gewesen. Was das Erstere anlangt, so hat der Vorstand des deutschfreisinnigen Vereins vom Abg. Schreck behauptet, derselbe sei kein politisch bedeutender Mann. Wer die parlamentarische Geschichte Sachsens der letzten Jahrzehnte nur einigermaßen kennt, der weiß, daß man es hier mit einer sehr unzerechtfertigten, nur durch die Parteileidenschaft eingegebenen Behauptung zu thun hat. Wir unterschreiben vollständig, was jüngst die „Magdeburgische Zeitung" von einem ihrer Correspondenten aus Sachsen über Herrn Schreck sich melden ließ. Es ist dort gesagt:

„Nun ist Schreck nicht nur einer der ältesten Wortführer der alten sächsischen Fortschrittspartei, sondern er ist auch von seinen Parteigenossen allzeit als einer der Angesehensten auf den Schild gehoben und überall in die vorderste Linie gestellt worden. Schon zur Zeit der „reactivirten" alten Stände war er der Führer jener kleinen liberalen Minorität, welche in der Zweiten Kammer tapfer, wenn auch vergeblich, gegen die Reactionspolitik des Herrn v. Beust Front machte. Er war es, der 1866 vor dem Ausbruch des Krieges durch seine Interpellation wegen der sächsischen Rüstungen die kriegslustige Politik dieses für Sachsen so verhängnißvollen Ministers zu kreuzen versuchte und der, wenn ihm dies gelungen wäre, dem Lande unendliches Unheil erspart haben würde, während uns nichts davon bekannt ist, daß die Mitglieder des „Vorstandes des deutschfreisinnigen Vereins in Dresden" irgend etwas in der gleichen Richtung gethan hätten. Er stand wiederum mit an der Spitze der Fortschrittspartei, als diese im Landtage von 1869—70 und folgenden in stärkerer Anzahl in der Zweiten Kammer erschien, führte deren Sache in fast allen wichtigen Fällen in erster Reihe als Redner, ward von der Partei mit Verhandlungen mit andreen Parteien betraut, kurz, spielte eine so hervorragende Rolle sowohl innerhalb des Kreises seiner Gesinnungsgenossen als in der Kammer."

Was aber die Herren Curt Starke und Carl Roth anlangt, so kann das Bemühen, dieselben als unbedeutende politische Männer erscheinen zu lassen, nur Lächeln erregen. Dieses Bemühen wird schon an der einen Thatsache scheitern, daß Herr Starke der langjährige Geschäftsführer der Fortschrittspartei in Sachsen gewesen ist, daß durch seine Hände alle Verhandlungen mit anderen Parteien gegangen sind, während Herr Roth in der Zweiten Kammer selbst als hervorragender Parteimann und auch sonst als rühriger Verkämpfer in politischen und socialen Dingen sich bemerklich gemacht hat.

In Betreff der Anzweiflung ihrer Zugehörigkeit zur Fortschritts- oder deutschfreisinnigen Partei hieße es leeres Stroh dreschen, wenn man mit den Linksfortschrittlern über diesen Punct streiten wollte. Es kommt eben ganz darauf an, was man unter „Fortschritt" oder „deutschem Freisinn" versteht. Die Herren Schreck, Starke und Roth haben eben gefunden, daß das fortwährende stärkere Hinabgleiten der gegenwärtigen deutschfreisinnigen Partei auf der schiefen Ebene radicaler Principienreiterei, welche schon in bedenklicher Berührung mit den Grenzen der Socialdemokratie sich befindet, nicht mehr mit dem Programm und den Grundsätzen der alten Fortschrittspartei im Einklang sich befindet, und sie haben darum die Consequenzen dieser Erkenntniß gezogen und der Partei, welcher sie bis jetzt angehörten, den Rücken gekehrt, ohne dadurch des Charakters als liberal denkende Männer verlustig zu gehen.

Wie die Dinge nunmehr liegen, ist es eine unumstößliche Thatsache, daß in der deutschfreisinnigen Partei Sachsens ein sehr bedeutsamer Trennungs- und Auflösungsproceß stattfindet. Es wird ein Rumpf der deutschfreisinnigen Partei zwar übrig bleiben, aber eine Mehrzahl der Hauptgliedern läßt sich ab. Was künftig in Sachsen unter der Firma der deutschfreisinnigen Partei noch auftritt, ist lediglich ein Abklatsch des Berliner Fortschritts, welcher blindlings der Parole Eugen Richter's gehorcht; die alte wohlangesehene sächsische Fortschrittsdemokratie hat damit nichts mehr gemein. Wenn in Sachsen bei den nächsten Wahlen von der „deutschfreisinnigen" Partei Candidaten aufgestellt werden sollten, so hat man darin lediglich Candidaten des rechten Flügels der Socialdemokratie zu erblicken. Es wird gut und nützlich sein, diesen Thatbestand überall zur Kenntniß der Wähler zu bringen.

Zur Wiederaufnahme der Reichstagsarbeit.

In der kurzen Spanne Zeit vom 18. December bis zum 4. Januar, während welcher die Arbeit des Reichstags ruhte, hat sich die öffentliche Meinung im deutschen Reiche mit großer Entschiedenheit in einer Reihe großer Städte, wie Berlin, Leipzig, Magdeburg, Posen, Kassel, Chemnitz, durch ausdrückliche Kundgebungen an den Reichstag für die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage bezüglich der Erhöhung der Heerespräsenz für die nächsten sieben Jahre vom 1. April 1887 an ausgesprochen. Diese Kundgebungen gewinnen dadurch wesentlich an Bedeutung, daß sie nicht allein von den Mitgliedern derjenigen Parteien ausgegangen sind, welche sich von Anfang an für die Annahme der Vorlage erklärt hatten, sondern daß sich auch viele Deutschfreisinnige daran betheiligt haben. Nicht in einem einzigen Orte hat man den Versuch gemacht, die Vermittelungsanträge des Centrums oder der Freisinnigen öffentlich als mit dem Volksmillen übereinstimmend hinzustellen. In den Versammlungen sind neben den Einberufern auch die Vertreter der Opposition zu Worte gekommen, wie in Berlin und Leipzig, aber nirgends haben sie den Zweck der Kundgebung vereitelt, die Zustimmenden haben überall die Oberhand behalten. Die Führer der Opposition haben auch sehr wohl gewußt, daß die öffentliche Meinung in der Militairfrage auf Seiten der Regierung steht, und deshalb haben sie sich darauf beschränkt, die geforderte Zahl der Truppen zu vermindern und die Dauer der Bewilligung zu verkürzen. Vorläufig ist das nur in der Commission in erster Lesung geschehen und zwar mit 16 gegen 12 Stimmen, also nur mit geringer Mehrheit. Die Regierung hat inzwischen erklärt, daß sie an ihren ursprünglichen Forderungen unbedingt festhält, die Opposition weiß demgemäß, daß die Ablehnung der Vorlage in der ihr vom Bundesrath gegebenen Gestalt die Auflösung des Reichstages zur Folge haben muß. Wir haben keine Hoffnung, daß die Commission in der zweiten Lesung ihr Votum abändern wird, es liegen in dieser Beziehung nicht die geringsten Anzeichen vor, aber im Plenum des Reichstages dürfte man die Sache doch heute mit anderen Augen ansehen als am Tage des Commissionsbeschlusses.

Der Reichstag hat sich die Frage vorzulegen, ob er die Verantwortung für die Auflösung auf sich nehmen kann, und ob er die Folgen einer Verzögerung der von der Kriegsleitung für nöthig erklärten Verstärkung der Ost- und Westgrenze tragen will. Es sind das Fragen, welche über das Programm der Partei weit hinausreichen, sie betreffen das Gebiet der Sicherheit des ganzen Reiches, welche von den maßgebenden militairischen Sachverständigen für bedroht erachtet wird. Glücklicherweise ist der Parteiterrorismus bei uns noch nicht so ausgeartet, daß das Urtheil eines Eugen Richter in militairischen Dingen für höher geachtet wird als das des Feldmarschalls Moltke. Die Rede des berühmten Strategen vom 4. December hat in der ganzen Welt tiefen Eindruck gemacht, während die scharfsinnigen Berechnungen Richters höchstens den Werth einer Curiosität beanspruchen können; man hat sie mit der Rede in eine Reihe gestellt, welche einst Phormio dem Hannibal gehalten hat. Wir haben ja leider schon oft die Erfahrung gemacht, daß die Wähler, auch wenn sie die Haltung ihrer Abgeordneten in Angelegenheiten von entscheidender Wichtigkeit nicht billigen können, doch ihnen bei der nächsten Wahl wieder ihre Stimme gegeben haben, sei es, weil die Macht der Gewohnheit ihre Wirkung äußerte, oder weil sie sich von anderen äußeren Einflüssen nicht frei zu machen vermochten. Es sind das menschliche Schwachheiten, deren Schädlichkeit leider erst dann den davon beherrschten Personen zum Bewußtsein zu kommen pflegt, wenn der Schade geschehen ist. Immerhin ist die Kraft eines Gedankens, von welchem ein großes Volk erfaßt wird, mächtig genug, um auf die verantwortlichen Vertreter desselben einen sehr fühlbaren moralischen Druck auszuüben. In diesem Falle befinden sich die Deutschfreisinnigen und Centrums-Abgeordneten. Sie können sich nicht verhehlen, daß die Regierungsvorlage weit mehr Anhänger zählt, als sie angenommen haben, und daß ihre Anträge in der Commission sich mit der öffentlichen Meinung keineswegs decken.

Und darum ist es sehr gut, daß die Berathung bisher nur in der Commission stattgefunden hat. Das haben die Richter und Windthorst, die Stauffenberg und Hasse erfahren, daß ihre Gründe gegen die Vorlage beim deutschen Volke weder Zustimmung, noch Verständniß gefunden haben; die deutschen Wähler sind darüber nicht hinausgekommen, daß die Ablehnung der Regierungsvorlage nur für den Fall der Erhaltung des Friedens richtig sein kann. Windthorst ist darüber völlig im Klaren, und deshalb hat er so eindringlich nach Aufschluß über die politische Lage verlangt. Die Antwort des Kriegsministers hat ihn nicht befriedigt, aber sie war auch sicherlich nicht geeignet, die vorhandenen Befürchtungen zu zerstreuen. Die allgemeine Auffassung der Vorlage ist seit den Commissionsverhandlungen über die Militairvorlage die, daß sie unsicher und kritisch ist, und daran haben alle Bemühungen der oppositionellen Abgeordneten, den Kriegslärm als blind und grundlos darzustellen, nichts zu ändern vermocht. Es hat inzwischen nicht an Bemühungen gefehlt, die Aussichten auf die Zukunft als besser und friedlicher erscheinen zu lassen, als noch vor Kurzem. Man hat auf die Rede des französischen Kriegsministers in der Sorbonne, auf das Botschafterdiner im Berliner Schloß als friedliche Symptome hingewiesen; man wird unzweifelhaft die Rede Gobiet's beim Empfang der Wechselagenten in demselben Sinne verwerthen. Man kann ferner den Rücktritt Churchill's als ein Hinderniß für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rußland und England auffassen und den Stimmen Glauben schenken, welche die Nachricht verbreiten, daß es der deutschen Politik gelungen sei, das gute Einvernehmen zwischen Oesterreich und Rußland wieder herzustellen. Das Alles sind aber keine ins Gewicht fallende Thatsachen, sondern vage Vermuthungen, welche durch eine gegentheilige Meldung jeden Augenblick als nichtig und haltlos erwiesen werden können.

Eine Lage, wie die gegenwärtige, ist nicht das Ergebniß von Wochen oder Monaten, sondern einer Entwickelung, welche Jahre, in mancher Hinsicht sogar Jahrzehnte umfaßt, sie hat sich gestaltet trotz des unzweifelhaften und dringenden Friedensbedürfnisses der Völker Europas. Der Friede hängt nicht von der Laune dieses oder jenes Machthabers ab, sondern es ist offenkundig, daß es verschiedene, auf die Dauer miteinander nicht vereinbare Interessen der Völker Europas giebt, welche auf friedlichem Wege nicht befriedigt werden können. Rußland hat das Bestreben, seine Macht in Europa bis an den Bosporus und in Asien bis an den Indischen Ocean auszudehnen; darauf ist die russische Politik seit vielen Jahren gerichtet gewesen und von dieser Richtung ist sie nicht von heute auf morgen abzulenken. In der Verfolgung dieser Politik muß Rußland früher oder später mit Oesterreich und England feindlich zusammentreffen, daran kann keine Kaiser-Zusammenkunft etwas ändern. Ebenso sicher ist, daß Frankreich sich mit der Ordnung der Dinge, wie sie der 10 Mai 1871 festgestellt, nicht auf die Dauer zufrieden geben wird, der Vergeltungskrieg kann vertagt werden, aber Verzicht leisten die Franzosen darauf nicht, wie auch aus der Antwort Gobiet's an die Wechselagenten deutlich zu entnehmen ist. Auf die Besserung der Aussichten für Erhaltung des Friedens kann sich also die Opposition des Reichstages nicht berufen, wenn sie die Militairvorlage verwirft; die Vermehrung der Heerespräsenz ist zwar für den Fall eines Krieges bestimmt, aber sie kann nicht je nach der augenblicklichen Lage der Verhältnisse ins Werk gesetzt oder aufgehoben werden. Was die Franzosen thun können, um die Schlagfertigkeit ihrer Armee zu erhöhen, thun sie auch ohne Rücksicht auf die deutsche Heerespräsenz, was aber liegt die Pflicht ob, das, was die Heeresleitung zur Sicherstellung des deutschen Reiches gegen äußere Angriffe zu thun für unerläßlich hält, nicht durch bloße Oppositionssucht zu verhindern.

Leipzig, 4. Januar 1887.

* Der am 30. v. M. zu Berlin verstorbene General der Infanterie z. D. von Biehler, welcher lange Zeit die wichtige Stelle des Chefs des Ingenieur-Corps bekleidete, war ein echtes Berliner Kind, da er am 6. Juni 1818 daselbst das Licht der Welt erblickte. Er trat im October 1836 als Avantageur bei der Garde-Pionier-Abtheilung ein und wurde nach zwei Jahren zum Second-Lieutenant befördert. Adjutanten-Dienst, ein zweijähriges Commando nach Paris, ein Lehramt an der Vereinigten Artillerie- und Ingenieur-Schule füllten einen wesentlichen Theil seiner Lieutenants- und Hauptmannszeit aus, bis er im Jahre 1855 in das Kriegsministerium versetzt und hier im Jahre 1858 zum Major befördert wurde. Im Feldzuge 1866 bekleidete Oberst Biehler die Stelle des 1. Ingenieur-Officiers beim General-Commando des Garde-Corps, im Feldzuge 1870 als General-Major die des Commandeurs der Ingenieure und Pioniere der 1. Armee. An die Spitze des Ingenieurcorps trat der inzwischen geadelte General, als sein Vorgänger, General von Kameke zum Kriegsminister ernannt wurde. In dieser Stellung entfaltete der Verstorbene eine rege Thätigkeit, die in der Herrichtung der neuen großen Lagerfestungen ihren besonderen Ausdruck fand. Als sich dann aber im Laufe der Jahre immer mehr das Bedürfniß geltend machte, den Pionieren mehr den Charakter einer „Waffe" und dem Ingenieur-Corps ein größeres Offensiv-Element zu geben, mußte der inzwischen bis zum General der Infanterie beförderte Chef des Ingenieur-Corps, dessen Erziehung, Ausbildung und Anschauungen hauptsächlich der technischen Seite gegolten hatten, im Jahre 1884 einer jüngeren, nicht dem Ingenieur-Corps entstammenden Kraft Platz machen. Nur kurze Zeit sollte der durch hohe Orden ausgezeichnete General sich eines ruhigen Lebensabends erfreuen. Wer den verhältnißmäßig körperlich noch rüstigen Mann in seiner höchst einfachen bürgerlichen Kleidung, mit blonder Perrücke und, gleich unserem großen Strategen, ganz barttosem Antlitz durch die Straßen Berlins wandern sah, vermuthete in demselben gewiß nicht den hohen, jüngst noch eine sehr einflußreiche Stellung einnehmenden Officier.

* Den allgemeinen Bestimmungen, welche der neuen Arzneitaxe beigegeben sind, entnehmen wir Folgendes:

Die in der Taxe festgesetzten Preise finden für jede Menge einer verabreichten Arznei unabänderlich ihre Anwendung, wenn nur ein Preis normirt worden ist. Die bei mehreren, häufig in verschiedenen Quantitäten verlangten Arzneimitteln festgesetzten ermäßigten Preise treten erst bei Verabreichung der namhaft gemachten größeren Gewichtsmenge ein. Wenn jedoch durch die Vervielfältigung des Taxpreises der kleineren Gewichtsmenge der für die größere Menge angesetzte Taxpreis überschritten wird, so kommt stets dieser ermäßigte Preis zur Ausgabe. Das Minimum eines Taxpreises ist 3 ₰. Pfennigbrüche werden in jeder Position zu einem vollen Pfennig berechnet. Ueberschreitung der Taxe ist verboten und wird vorkommenden Falles gemäß §. 148 Nr. 8 der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 bestraft. Bei den Taxen aller Recepte, mit alleiniger Ausnahme derjenigen, deren Kosten aus Staats- und Communalfonds oder von Corporationen gezahlt werden, welche die öffentliche Armenpflege zu erleichtern oder zu erleichtern bezwecken, ist der aus dem Summiren der einzelnen Positionen sich ergebende Taxpreis — wenn derselbe 1 ℳ nicht übersteigt — auf die Weise abzurunden, daß 1—4 ₰ auf 5 ₰ und 6—9 ₰ auf 10 ₰ erhöht werden. Wenn jedoch der Taxpreis des Receptes 1 ℳ übersteigt, wird in der Weise abgerundet, daß z. B. 1 ℳ 1 bis 4 ₰ auf 1 ℳ und 1 ℳ 6 bis 9 ₰ auf 1 ℳ 5 ₰ zu reduziren sind. Bei allen auf Recepten vorkommenden, in der Taxe nicht befindlichen Arzneimitteln wird, wenn diese Arzneimittel Droguen oder käufliche chemische Präparate sind, der Preis ähnlicher Droguen und Präparate nach Anleitung eines Preiscourants von Droguenhandlungen zur Norm genommen; wenn es sich aber um nicht käufliche pharmaceutische Präparate handelt, so wird aus der Reihe derartiger in der Taxe aufgenommener Präparate ein in der Zusammensetzung und Bereitung ähnliches ausgewählt und nach diesem der Taxpreis für das verordnete Medicament festgestellt, in beiden Fällen aber das als Norm genommene Arzneimittel auf dem Recepte vermerkt. In der Taxe selbst sind die Preise eines großen Theiles der Medicamente gegen die vorjährige Taxe um 5 bis 40 ₰ herabgesetzt, während der Preis für verhältnißmäßig nur sehr wenige Medicamente gegen früher um 5 bis 30 ₰ erhöht worden ist. In den Taxen der Arbeiten und der Gefäße sind Aenderungen in den Preisätzen gegen die vorjährige Taxe nicht vorgenommen worden. Wenn zur Aufnahme der Arznei reine leere Gläser oder Krukken mit dem Recepte in die Apotheke gesendet oder zurückgegeben werden, darf nur die Hälfte der Taxpreise für die Gefäße in Anrechnung kommen. In der Veterinair-Praxis und im Handverkauf darf dagegen in solchen Fällen für Gefäße nichts in Anrechnung gebracht werden.

* * *

* Der fühlbare Aerztemangel im österreichisch-ungarischen Heere besteht noch immer fort und macht sich in den Sanitätsanstalten des Heeres, noch mehr aber im Sanitätsdienste bei der Truppe sehr bedenklich bemerkbar. An dem vorgeschriebenen Friedensstand von 240 Oberärzten, welcher ebenso das Minimum des Bedarfes darstellt, fehlten der Beginn vorigen Jahres 150. Bis Ausgang des Jahres zeigte der Präsenzstand allerdings ein günstigeres Verhältniß, denn es waren 128 Oberärzte vorhanden, so daß der Abgang nur 112 beträgt. Der praktische ärztliche Dienst leidet aber trotz dieses mäßigen Zuganges, welchen der Stand der Militairärzte im Laufe des Jahres erfahren, nach wie vor gleich empfindlich. Der Mangel an Militairärzten wurde nämlich bisher wenigstens einigermaßen durch die ergänzt zwar nicht mehr systematisirten, aber noch aus früherer Zeit vorhandenen Oberwundärzte ausgeglichen. Da aber diese nach der jetzigen Organisation nichts mehr zu hoffen haben und so zu sagen auf den Aussterbe-Etat gesetzt sind, so suchen sich dieselben nach Thunlichkeit im Civil, zumeist in kleineren Landstädten, wo ebenfalls Aerztemangel herrscht, unterzubringen. Daher lichten sich ihre Reihen in der Armee, und es sind gegenwärtig überhaupt nur noch 49 vorhanden. In Folge dessen geht auch den Truppen allmälig die letzte Aushilfe bei dem Mangel an Militairärzten verloren. Die Sanitätsabtheilung des Kriegsministeriums läßt sich unterdessen angelegen die fachtechnische und wissenschaftliche Fortbildung des militairärztlichen Officiercorps sehr angelegen sein. So hat sie erst jüngst verfügt, daß 17 Regimentsärzte, welche aus der großen Zahl der sich freiwillig Meldenden ausgewählt wurden, unter Enthebung von jedem Dienste und bei Fortbezug sämmtlicher Gebühren als Hörer ein bis zwei Jahre lang die Kliniken und Vorlesungen hervorragender Professoren der medicinisch-chirurgischen Facultäten auf österreichisch-ungarischen Universitäten frequentiren. Das Kriegsministerium verfolgt hierbei die Tendenz, die Zahl der Specialisten und insbesondere der Operateure im militairärztlichen Officiercorps zu vergrößern.

* An den Austritt der Deutschen aus dem böhmischen Landtag knüpfen sich, wie vorauszusehen war, weitere Kämpfe. So ist nunmehr die deutsche Minorität aus dem Gemeinderathe der Stadt Pilsen ausgeschieden. Der Gemeinderath bewilligte die Erhöhung der Subvention für das czechische Theater um 600 Gulden, verringerte aber die gleiche Begünstigung für das deutsche Theater. Der Antrag der Deutschen wurde mit 19 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Der Bürgermeister selbst sprach im leidenschaftlichen Tone gegen das von deutscher Seite gestellte Begehren. Die dreizehn deutschen Vertreter verließen hierauf den Gemeindesaal. Das „Wiener Fremdenblatt" bemerkt dazu u. A.: „Daß der Bürgermeister einer gemischtsprachigen Stadt in leidenschaftlicher Weise gegen einen der Stämme auftritt und als Parteimann thätig ist, das ist eine anormale Erscheinung, die hoffentlich auch in Pilsen nicht von langer Dauer sein kann." — Bedauerlich ist es, daß auch das deutsche Element durch allerlei Parteiungen gespalten ist, wie sich aus der nachfolgenden Correspondenz der „Schlesischen Zeitung" vom 29. December ergiebt:

„Im niederösterreichischen Landtage hat gestern, wie alljährlich, der Schulausschuß den Antrag gestellt, dem „Deutschen Schulverein" für das Jahr 1887 eine Subvention von 3000 Gulden zu bewilligen. Hierüber entspann sich eine flau Debatte. Die Antisemiten bekämpften für den „Schulverein für Deutsche", welcher vor einiger Zeit von den aus dem Deutschen Schulverein ausgetretenen Antisemiten gegründet wurde, gleichfalls die Zuwendung einer Subvention während wieder die Klerikalen, indem sie den von ihnen in diesem Jahre ins Leben gerufenen „Katholischen Schulverein" als Beispiel anführten, der Meinung Ausdruck gaben, daß solche Vereine sich aus den Beiträgen ihrer Anhänger erhalten mögen. Diese Meinung fand sich aber durchaus nicht veranlaßt, den Klerikalen zu Liebe dieser Auffassung beizutreten, und votirte mit allen gegen die fünf Stimmen der Klerikalen dem Deutschen Schulverein die beantragte Unterstützung von 3000 Gulden. Die für diesen Concurrenzverein, den „Schulverein für Deutsche", beantragte Subvention von 1000 Gulden wurde mit allen gegen die fünf Stimmen der Antisemiten angenommen. In der Debatte nahm die Mehrheit die Gelegenheit wahr, den deutschböhmischen Landtagsabgeordneten ihre Sympathie und ihre Zustimmung zu dem Austritte aus dem böhmischen Landtage auszudrücken."

* Eine hochofficiöse Correspondenz in der „Badischen Landeszeitung" ergeht sich über den Gesundheitszustand des Zaren. Es wird darin Folgendes ausgeführt:

Es hat in den letzten Monaten nicht an Auslassungen der deutschen Presse gefehlt, welche mit Hartnäckigkeit und im besten Glauben das Gerücht von einer geistigen Störung des Kaisers von Rußland behandelten; auch die „Badische Landeszeitung" hat solche Notizen, allerdings unter dem Hinzufügen, daß dieselben österreichischen Zeitungen entstammen, erst in neuester Zeit gebracht. Wir sind nun in der Lage, die ernste Versicherung abgeben zu können, daß in Kreisen, welche der persönlichen Umgebung des Zaren nahe stehen und welche als zuverlässig unterrichtet gelten dürfen, die feste Ueberzeugung besteht, daß vielleicht von einer beunruhigenden Nervosität, nimmermehr aber von einem geistigen Gestörtsein des Zaren die Rede sein kann. Denjenigen deutschen Zeitungen, welche im guten Glauben die völlig unzutreffenden Gerüchte über des Zaren Zustand verbreitet haben, dürfte die Mittheilung überraschend kommen, daß die vornehmlich in österreichischen und Berliner Blättern auftauchenden diesbezüglichen Nachrichten auf eine überaus geschickte und verschmitzte Weise von Seiten der Internationale in die Oeffentlichkeit lancirt worden sind! Es liegt den anarchistischen, internationalen Führern Alles daran, die letzte Friedensgewähr, den Dreikaiserbund, zu sprengen. Die Erwägung liegt nahe, daß dies am ehesten dadurch möglich gemacht werde, wenn einer der contrahirenden Theile, hier der Zar, als ein Verbündeter dargestellt wird, auf welchen kein Verlaß, welcher der Vernunftstütze beraubt ist. Von diesem Standpunct aus sind alle auf des Zaren Gemüthszustand bezüglichen unzüglichen Meldungen zu beurtheilen; es liegt ihnen eine tendenziöse, gehässige Absicht zu Grunde, welche auf das Chaos, auf eine allgemeine politische Verwirrung hinarbeitet. Die Zeitungen, welche bisher, ohne Krankheit von diesen Tendenzen zu haben, jene Gerüchte veröffentlichten, trifft keine Schuld. Sie glauben und durften glauben, im Interesse Deutschlands zu handeln. Anders aber liegt die Sache nach der vorstehenden Mittheilung. Nachdem von berufener Seite Klarheit geschaffen, ist es Pflicht aller guten deutschen Blätter, mit Ernst und Nachdruck jenen bisher unerkannten internationalen Tendenzen den Zutritt in die Oeffentlichkeit zu verwehren und so mit dazu beizutragen, daß das nur mühsam und leider gegen einen gehörten Theil der russischen Volksstimmung aufrechterhaltene friedliche Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland nicht ohne Noth getrübt werde. Wir stehen in einer ernsten, einer hochernsten Zeit. Während unsere Zustände in erfreulicher Blüthe sich befinden, während Alles den herrlichsten Aufschwung zu nehmen verspricht, droht ein gewaltsames Hemmniß, droht ein schwerer, unendlich verhängnißvoller Krieg, alle Hoffnungen zu vernichten. Die deutsche Presse verfehlt ein verantwortungsvolles Amt. Sie soll dahin wirken, daß keine unerwarteten Ueberraschungen dem Lande beschieden werden, aber sie hat auch dahin zu streben, daß nicht unnöthige Beunruhigungen im Volke rege gemacht werden. — Wenn Deutschland seine Machtstellung auf der Stufe zu erhalten versteht, auf welcher ihm der Respect unruhiger Nachbarn gesichert bleibt, hat es vor der Hand nicht zu fürchten. Freilich bedarf es auch auswärtiger Mittel, um von dieser Stufe nicht herabgedrängt zu werden. Hoffen wir, daß Deutschland stark genug bleibt, um den Frieden in Europa noch weiterhin zu erhalten. Hierzu aber kann, wie schon bemerkt, auch unsere Presse mitwirken, wenn sie bei Behandlung auswärtiger Verhältnisse mit gebührer Vorsicht und mit Berücksichtigung aller in Frage kommenden Interessen verfährt.

* Im Auftrage der bulgarischen Regierung werden gegenwärtig silberne und bronzene Tapferkeits-Medaillen geprägt, zu welchen in Stuttgart die Stanze hergestellt wurde. Die silbernen Tapferkeits-Medaillen — 60,000 an der Zahl — werden im Wiener Münzamte geprägt, während die Prägung der Bronze-Medaillen der Firma Christ-bauer in Neulerchenfeld bei Wien anvertraut ist. Von letzterem Metall kommen blos 30,000 Stück zur Ausführung. Sowohl die silbernen als die bronzenen Tapferkeits-Medaillen, deren Inschriften in bulgarischer Sprache abgefaßt sind, haben die Größe eines Zweimarckstücks. Auf der Reverseseite zeigen sich zwei gegeneinandergehaltene Hände, welche drei Kronen tragen, über denen sich die Inschrift befindet: „Alexander der Erste, Fürst von Bulgarien". Auf der Aversseite prangt das bulgarische Wappen (ein goldener Löwe im dunkelbraunen Schild) mit der Inschrift: „Das dankbare Vaterland seinen tapferen Söhnen". Die Münzen tragen die Jahreszahl 1885 und zeigen in einem den Rand zierenden Lorbeerkranz die Namen der Siegesorte.

* Es wird jetzt bekannt, daß der Socialisten-Congreß, welcher in den Weihnachtstagen in Brüssel tagte, folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Der Anschluß belgischer Arbeitervereine an die amerikanischen Ritter der Arbeit wird für nicht wünschenswerth erklärt. 2) Bezüglich der Arbeitseinstellungen wurde ein besonderes Comité eingesetzt, welches fortwährend mit den Arbeitervereinen in Verbindung zu sein hat. Ohne die Einwilligung desselben und jene des Generalraths der Arbeiterpartei darf in Zukunft kein theilweiser Streik mehr stattfinden. Demselben Comité fällt auch die Aufgabe zu, zu entscheiden, ob und wann zu dem äußersten Mittel der allgemeinen Arbeitseinstellung gegriffen werden soll. 3) Fortan soll eine eifrige Propaganda für die socialistischen Ideen innerhalb der Bürgergarden und des activen Heeres betrieben werden. Namentlich soll den Arbeitern durch Ankauf der Equipirung die Möglichkeit geboten werden, in die Bürgergarden einzutreten. Man hat in diesem Programm eine wohlerwogene Vorarbeit für die extremste anarchistische Propaganda vor sich. Das Auftreten der belgischen Klerikalen gegenüber der Forderung auf Herbeiführung gesunder Militairverhältnisse in Belgien möchte beinahe annehmen lassen, daß ihnen nichts gelegener kommen könnte — als eine Katastrophe.

* Obwohl — so wird aus Rom gemeldet — der Communalreform-Entwurf erst vor Kurzem vertheilt und von der betreffenden Commission noch nicht in Berathung genommen worden ist, will die italienische Oppositionspresse bereits darüber unterrichtet sein, daß in der Commission sich starker Widerstand gegen einige der Hauptpuncte der Reform erheben wird. Mehrere Blätter, unter ihnen die „Tribuna", prophezeien sogar eine neue Spaltung der Mehrheit, falls die Regierung nicht auf die den Moderirten unannehmbaren demokratischen Grundpfeiler der Reform verzichte. Zu ihnen gehören vor allem der Wahlbürgermeister, die Erweiterung des Gemeindestimmrechts und der Provinzialverwaltungsausschuß mit seiner bedeutenden Autonomie. Es wird behauptet, daß Bonghi, dem nach Minghetti's Tode die moralische Führerschaft des in seinen Umrissen wie in den charakteristischen Linien sehr verwischten rechten Flügels der Mehrheit zufalle, ein entschiedener Gegner der genannten drei Reformpuncte sei und binnen kurzem in Schrift und Rede einen Feldzug gegen dieselben einleiten werde. Er soll beabsichtigen, bei dieser Gelegenheit die sämmtlichen der Reform abgeneigten Elemente der ehemaligen Rechten um sich zu sammeln, die Führung einer neuen selbstständigen Dissidentengruppe moderirter Färbung zu übernehmen und sich offen von der Regierungsmehrheit loszusagen. Augenscheinlich hat man es in diesen Angaben mehr mit den Wünschen der Opposition, welche die Regierungspartei geschwächt sehen möchte, als mit Thatsachen zu thun. Kein Zweifel, daß die moderirten Elemente der Majorität zum Theil die vom kühnsten demokratischen Geiste eingegebene, auf Selbstverwaltung ausgehende Reform nicht mit günstigen Augen ansehen. Kein Zweifel, daß Bonghi zu den Gegnern einer so ausgedehnten Autonomie der Gemeinden und Provinzen gehört, weil er von ihr eine Schwächung der Centralgewalt und eine Lockerung des Staatsgefüges befürchtet. Aber von hier bis zu der Absicht eine neue Dissidentenpartei zu gründen, ist ein weiter Weg. Bonghi wird sich nach den üblen Erfahrungen, welche die kraft- und machtlos gebliebenen Dissidenten des Centrums gemacht haben, schwerlich auf diesen Weg begeben; am wenigsten wird er es bei dieser Gelegenheit thun, die sehr schlecht gewählt wäre. Denn einerseits gehört die Communalreform zu den von Anfang an auf dem Programm der Linken und der Depretis'schen Regierung befindlichen Reformen, denen bei den Wahlen von 1882 und 1886 auch die ehemaligen Rechte